Stand: 15.12.2025 19:09:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12133

"Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12133 vom 28.06.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13277 des SO vom 27.09.2016
4. Beschluss des Plenums 17/13852 vom 26.10.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.06.2016 **Drucksache** 17/**12133**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!

Der Landtag wolle beschließen:

Mit Blick auf die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Hildegard-Lagrenne-Stiftung wird die Staatsregierung aufgefordert, kritisch zu überprüfen, ob insbesondere in der Ankunfts- und Rückführungseinrichtung (ARE) Bamberg – aber auch in der ARE Manching sowie in den regulären bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen – die Kinderrechte gemäß UN-Kinderrechtskonvention ausreichend geschützt werden.

Dies betrifft in erster Linie folgende Punkte:

a) Gesundheitsversorgung;

b) Schutz der Privatsphäre;

c) kindgerechte Ernährung;

d) Recht auf Bildung.

Hierüber ist dem Landtag zu berichten. Sofern diesbezüglich Defizite bestehen, sind diese schnellstmöglich und vollumfänglich zu beheben.

Begründung:

Eine aktuelle Studie der Hildegard-Lagrenne-Stiftung, die am 27. Juni 2016 offiziell vorgestellt wurde, kommt zu dem Schluss, dass die UN-Kinderrechtskonvention in der täglichen Praxis der Ankunfts- und Rückführungseinrichtung (ARE) bzw. „besonderen Aufnahmeeinrichtung“ Bamberg mehrfach verletzt werde. Insbesondere stellen die Autoren Mängel in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Privatsphäre, Verpflegung und Bildung fest.

So sei die Gesundheitsversorgung beispielsweise lediglich auf die Verhinderung lebensbedrohlicher Erkrankungen ausgerichtet. Bezüglich der Privatsphäre wird bemängelt, dass Zimmer und Wohnungstüren nicht abschließbar seien – dies schüre bei Kindern Ängste und erhöhe darüber hinaus auch das Risiko von Diebstählen und Übergriffen gegen Frauen und Kinder. Ferner sei die Ernährung beschränkt auf drei zentral angebotene Mahlzeiten; Kinder bräuchten aber, so fordern es die an der Studie beteiligten Wissenschaftler, Zwischenmahlzeiten. Auch das Fehlen eines regulären Schulunterrichts wird kritisiert. In der Konsequenz stellt die Untersuchung fest, dass insbesondere Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention, in der der Vorrang des Kindeswohls verankert ist, außer Acht gelassen werde.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, die in der Studie enthaltenen Vorwürfe unvoreingenommen zu prüfen, um insbesondere sicherzustellen, dass die politische Zielsetzung rascher Asylverfahren für Menschen mit geringer Bleibeperspektive nicht mit der Missachtung grundlegender (Kinder-)Rechte einhergeht, und gegebenenfalls entsprechende Konsequenzen hieraus zu ziehen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12144, das ist der Antrag der SPD, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12132, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 17.46 bis 17.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und zu gegebener Zeit bekannt gegeben. – Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Die übrigen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12133 und 17/12136 bis einschließlich 17/12140 sowie 17/12145 bis einschließlich 17/12149 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Der Tagesordnungspunkt 9, Eingabe betreffend "Aufenthaltsduldung und Arbeitserlaubnis", wird im Einvernehmen der Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Bevor wir weitermachen, bitte ich Sie nochmals, Ihre Plätze einzunehmen. Wenn jetzt alle den Saal verlassen, die ihn verlassen wollen

(Erwin Huber (CSU): Dann ist keiner mehr da!)

– auch das ist zu respektieren –, dann kann ich in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterbringung von Flüchtlingen dezentral gestalten: Integration von Anfang an ermöglichen!
(Drs. 17/11198)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern in diesem Antrag, den Kabinettsbeschluss vom 26. April in Bezug auf die Abwicklung der derzeitigen dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden aufzuheben, weil viele der dadurch stattfindenden Umsiedlungen der derzeit immer noch etwa 100.000 dezentral untergebrachten Asylsuchendenden dazu führen, dass bereits begonnene Integrationsleistungen behindert, verhindert oder zumindestens unterbrochen werden und so bisher erbrachte Integrationsarbeit entwertet wird.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind alle miteinander der Meinung, dass Integration wichtig ist, dass Integration viel Mühe macht –, Mühe sowohl den Asylsuchenden selber als auch den Ehrenamtlichen –, dass Integration bedeutet, sich in Sprache, Bildung und Arbeit zu integrieren, und dass man auf diese bereits begonnenen Bemühungen bei eventuellen Umsiedlungen der Asylsuchenden Rücksicht nehmen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist das, wie viele, viele Anrufe und Hinweise von Ehrenamtlichen in den letzten Wochen gezeigt haben, in der Praxis nicht der Fall. Wir haben beispielsweise gestern Abend gehört, mit wie viel Mühe sich Asylsuchende anstrengen, sich zu integrieren. Gestern Abend war ein syrischer Asylbewerber da, der sich selbst um einen Platz in einem Altersheim bemüht hat und dort quasi nebenzu auch Deutsch gelernt hat. Wir wissen auch um die vielen, vielen Helferkreise, die Kontakte zu Asylsuchenden haben und ihnen bei den ersten Schritten in diesem Land helfen. Wenn jetzt aber Asylsuchende durch diese Umsiedlungen manchmal 20 Kilometer weg, einige auch in andere Landkreise verlagert werden, werden alle diese Bemühungen unterbrochen.

Ziel der Aktion ist es zum einen, die Turnhallenunterbringung abzubauen. Da sind wir ganz dafür. Oft werden die Asylsuchenden aber aus dezentralen Unterkünften in relativ große und im Sommer besonders heiße Traglufthallen gebracht, zuweilen auch in Kasernengebäuden oder irgendwo am Waldrand ohne WLAN, ohne ÖPNV, ohne einheimische Bevölkerung in der Nähe. Wir sagen daher, dass das Versprechen, das bei der Behandlung dieses Antrags im Sozialausschuss gegeben worden ist, dass auf die begonnenen Integrationsleistungen Rücksicht genommen wird, so nicht überall in Bayern eingelöst wird. Dazu gibt es zu viele Hinweise von unterschiedlichen Ehrenamtskrei-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.09.2016 **Drucksache** 17/**13277**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**12133**

Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatterin: **Michaela Kaniber**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 14. Juli 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 48. Sitzung am 27. September 2016 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.10.2016 **Drucksache** 17/**13852**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**12133**, 17/**13277**

Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!

Mit Blick auf die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Hildegard-Lagrenne-Stiftung wird die Staatsregierung aufgefordert, kritisch zu überprüfen, ob insbesondere in der Ankunfts- und Rückführungseinrichtung (ARE) Bamberg – aber auch in der ARE Manching sowie in den regulären bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen – die Kinderrechte gemäß UN-Kinderrechtskonvention ausreichend geschützt werden.

Dies betrifft in erster Linie folgende Punkte:

a) Gesundheitsversorgung;

b) Schutz der Privatsphäre;

c) kindgerechte Ernährung;

d) Recht auf Bildung.

Hierüber ist dem Landtag zu berichten. Sofern diesbezüglich Defizite bestehen, sind diese schnellstmöglich und vollumfänglich zu beheben.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 28 der Anlage. Dies ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Schmitt-Bussinger und anderer und Fraktion betreffend "Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen" auf Drucksache 17/12340. Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung beraten.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Vereinbarung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zu den Vereinbarungen über die Neuregelungen der Vergütung des durch kirchliches Personal erteilten Religionsunterrichts an Grund- und Mittelschulen sowie an Förderzentren
Drs. 17/12935, 17/13698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 19. September 2016 (2 BvR 502/16) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
a) das Endurteil des Oberlandesgerichts München vom 4. Februar 2016 – 1 U 2264/15 –,
b) das Endurteil des Landgerichts München I vom 27. Mai 2015 – 15 O 21894/11 –
PII/G1320.16
Drs. 17/13697 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz
Drs. 17/11419, 17/13668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Franz Schindler u.a. SPD
Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016
Drs. 17/11821, 17/13702 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum möglichen Engpassmanagement im Stromnetz
zwischen Bayern und Österreich
Drs. 17/11856, 17/13346 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Neue Generation Mobilfunknetze
Drs. 17/11957, 17/13347 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Breitbandförderung transparenter machen
Drs. 17/12030, 17/13345 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in landwirtschaftlichen Anwesen I
Drs. 17/12079, 17/13704 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	A

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in landwirtschaftlichen Anwesen II
Drs. 17/12080, 17/13705 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich I
Drs. 17/12081, 17/13344 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich II
Drs. 17/12082, 17/13343 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!
Drs. 17/12133, 17/13277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
10.000-Häuser-Programm bürgerfreundlich weiterentwickeln
Drs. 17/12140, 17/13342 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte und Mindeststandards in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/12145, 17/13278 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Situation der Kinder und Jugendlichen in den bayerischen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen
Drs. 17/12146, 17/13279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kalte Progression abschaffen – Mittlere Einkommen entlasten
Drs. 17/12163, 17/13669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratische Entlastung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durch Wiedereinführung des steuerlichen Freibetrags
Drs. 17/12167, 17/13670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten – Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags
Drs. 17/12168, 17/13671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklungen im Betrieb und zu Störungen sowie dem Störungsmanagement im Bereich der S-Bahn München und speziell auf der Linie S1 Freising – München-Moosach
Drs. 17/12169, 17/13340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
WLAN-Angebote in Nahverkehrszügen
Drs. 17/12175, 17/13339 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streit um Satellit des Terminals 2 am Flughafen München
Drs. 17/12180, 17/13672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil I: Freiwillige Moorschutzprogramme endlich auflegen!
Drs. 17/12268, 17/13678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil II:
Informationskampagne zur nachhaltigen Nutzung von Moorflächen starten
Drs. 17/12269, 17/13679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil III: Schaffung von Agrarumweltmaßnahmen im
Bereich der Bewirtschaftung von Moorflächen
Drs. 17/12270, 17/13680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

25. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Datenschutz bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und
Gartenbau (SVLFG) gewährleisten – Umsetzung der Empfehlung der Bundes-
beauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit sicherstellen!
Drs. 17/12271, 17/13689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u.a. SPD
Verzinsung bei Rentenzusatzversicherungen und Versorgungswerken
Drs. 17/12273, 17/13673 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Angelika Schorer u.a. CSU
Ambulante Vorsorgeleistungen als Pflichtleistung der Krankenkassen
Drs. 17/12325, 17/13687 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion (SPD)
Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen
Drs. 17/12340, 17/13674 (A)

der Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht BioRegio 2020
Drs. 17/12410, 17/13703 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bessere LTE-Netzabdeckung im bayerischen Grenzgebiet
Drs. 17/12446, 17/13338 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontrolle der Ausgleichs- und Ersatzflächengemäß Bundesnaturschutzgesetz und Bayerischem Naturschutzgesetz
Drs. 17/12563, 17/13681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Aktualisierung aller Rote Liste-Arten zügig abschließen und Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität ableiten und umsetzen
Drs. 17/12624, 17/13682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bericht und Gutachten zu Personalstandards in der stationären Krankenhauspflege
Drs. 17/12715, 17/13699 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus
Drs. 17/12717, 17/13683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Umbau und Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg
Drs. 17/9854, 17/13675

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg nicht verschleppen
Drs. 17/12342, 17/13676

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.